

Rede

des Generalsekretärs der Freien Demokratischen Partei,

Christian Lindner MdB,

anlässlich des Dreikönigstreffens der FDP am 6. Januar 2010 in Stuttgart

– Stenografische Mitschrift –

Konsequenter Liberalismus – mitfühlender Liberalismus

I.

Als ich Anfang Dezember die Einladung zu diesem Dreikönigstreffen erhalten habe, in der schon die Rede eines neuen Generalsekretärs angekündigt war, habe ich mich persönlich noch gar nicht angesprochen gefühlt. Heute darf ich meine erste Rede im neuen Amt bei diesem traditionellen Jahresauftakt halten. Das ist ein besonderer Moment für mich persönlich, weil ich Dankbarkeit angesichts des in mich gesetzten Vertrauens spüre – aber auch Verantwortung angesichts der Herausforderungen, vor denen jetzt die Partei der Freiheit steht.

Es ist die eine Aufgabe, Regierungsmacht zu erringen. Es ist das andere, **Gutes zu bewirken** und Menschen für Veränderungen zu begeistern. Uns gelingt das. Das zeigen die baden-württembergischen Liberalen unter Führung von Birgit Homburger und Ulrich Goll beispielsweise. Deshalb ist es auch ulkig, wenn ein Stichwortgeber aus München heute wieder gönnerhaft gesagt hat, die FDP werde sich schon noch an Regierungsverantwortung gewöhnen. Wir haben schon vor der Bundestagswahl in den Ländern für 63 Millionen Deutsche Verantwortung getragen und jeden Tag Staatsklugheit bewiesen. Für mehr Menschen als die SPD. Und – mit Verlaub – auch für mehr Menschen als die CSU. Vielleicht ist mit dem Gewöhnen an Regierungsverantwortung in Wahrheit auch etwas anderes gemeint: Vielleicht ist damit gemeint, sich wortreiche Erklärungen auszudenken, warum man nach der Wahl nicht das tut, was man vor der Wahl gesagt hat. Vielleicht ist mit dem Gewöhnen an Regierungsverantwortung gemeint, dass man sich mit dem Status Quo bescheidet. Vielleicht ist mit dem Gewöhnen an Regierungsverantwortung gemeint, dass man Überzeugungen bei Widerständen opfert. Wenn das gemeint ist, dann wollen wir uns an eine solche Art von Regieren gar nicht gewöhnen.

Das ist ein besonderes Dreikönigstreffen ganz unabhängig auch von meiner Person. Es ist das erste Dreikönigstreffen in einem neuen Jahrzehnt, und deshalb sicher Anlass dafür, den Blick nach vorn zu richten für einen längeren Zeitraum als nur zwölf Monate. Und das Jahr 2010 markiert das gedachte Ende des Erneuerungsprozesses einer inzwischen verflissenen Regierung. Die Agenda 2010 – ihr Zieldatum ist erreicht. Aber ist tatsächlich die soziale Erneuerung in Deutschland erreicht worden? Manches ist technokratisch verändert worden. Der Gesetzgeber, Verwaltung und Gerichte sind bis heute mit den Hartz-Reformen beschäftigt; einiges mag auch verbessert worden sein. Aber ein eklatanter Mangel in unserer

Gesellschaft ist immer noch nicht behoben: und das ist der **beschämende Mangel an Fairness** in unserer Gesellschaft.

II.

Ich will Ihnen das aus meinem persönlichen Erleben einmal berichten. Ich habe die Geschichte schon an anderer Stelle einmal erzählt, weil sie mir nahe geht. In meiner Straße, in einem Textilgeschäft, arbeitet eine Frau aus dem ehemaligen Jugoslawien. Sie hat einen Teilzeitjob. Eine alleinerziehende Mutter. Die bekommt daneben Hilfe vom Staat. Und für diese organisierte Solidarität ist sie dankbar. Es ist auch eine zivilisatorische Errungenschaft, dass in Deutschland **Hilfe nicht von Barmherzigkeit abhängt**, sondern dass es soziale Rechte gibt. Das weiß sie zu schätzen. Sie hat sich zugleich den gesunden Reflex erhalten, Solidarität nur soweit in Anspruch zu nehmen, wie das nötig ist – und nicht alles Mögliche mitzunehmen. Sie will für sich und ihre kleine Tochter sozialen Aufstieg möglich machen. Deshalb sorgt sie dafür, dass die Tochter nicht auf die Haupt-, sondern auf die Realschule kommt, und übt mit ihr. Sie hat daneben noch einen Minijob – angemeldet, übrigens. Weil sie nach vorne kommen, weil Sie Schritt für Schritt im Leben weiter kommen will. Solchen Leuten muss man zuhören, wenn man wissen will, wie es im Sozialstaat läuft. Die hat mir erzählt: Wenn sie im Monat auch nur eine Stunde mehr arbeitet, dann hat sie am Ende des Monats netto weniger in der Tasche! Das ist der eigentliche Skandal in Deutschland, dass der Sozialstaat der herkömmlichen Prägung denjenigen Knüppel zwischen die Beine wirft, die **für sich und ihre Familie sozialen Aufstieg erarbeiten** wollen. Das ist der größte Mangel an Fairness in Deutschland.

Und das ist der Grund, warum wir unser „Bürgergeld“ in der Koalitionsvereinbarung mit der Union verankert haben. Das Bürgergeld macht nicht nur den Sozialstaat effizienter und durchschaubarer. Es baut vor allen Dingen für Menschen mit geringerer Qualifikation – über Teilzeitarbeit und Leichtlohnjobs – **eine Brücke zurück in die Selbstverantwortung**. Viel zu lange sind in Deutschland Menschen nicht aktiviert worden, sondern alimentiert worden, oder – wie der Historiker Paul Nolte gesagt hat – „fürsorglich vernachlässigt“ worden. Das muss sich verändern.

Im Übrigen ist Arbeit mehr als Einkommenssicherung. Das war einer der großen Irrtümer von Karl Marx, der Arbeit abqualifiziert hat als „Reich der Notwendigkeit“. Arbeit gehört zum „Reich der Freiheit“. **Weil Arbeit Identität schafft**. Weil Arbeit den Alltag strukturiert. Weil Arbeit Selbstbewusstsein schafft. Wir alle reifen nicht zur Persönlichkeit zuhause auf der Couch, sondern im tätigen Miteinander in Wirtschaft und Gesellschaft. Und deshalb ist es nur human, alles zu tun, um Menschen in Arbeit zu bringen. Ein Sozialstaat, der Menschen zu Taschengeldempfängern degradiert, ist inhuman. Eine solche Gesellschaft von Taschengeldempfängern, auf die Linkspartei und Teile von SPD und Grünen hinaus wollen, wäre eben nicht nur eine antriebslose, es wäre auch eine unglückliche Gesellschaft.

Deshalb wollen wir das Bürgergeld. Das Bürgergeld kann eine der großen sozialpolitischen Innovationen werden. Und es kann die **dritte Säule unserer Politik für Freiheit und neue Fairness** in unserer christlich-liberalen Koalition sein – neben einem die Bürger entlastenden und einfachen Steuerrecht, mit dem das Verbeugen und Verbiegen der Bürger vor dem Finanzamt beendet wird. Und neben einer Gesundheitsreform, die unser Gesundheitssystem für alle mit hohem qualitativen Anspruch bezahlbar hält. Deshalb fordern wir unseren Koalitionspartner auf, diesen Prüfauftrag für das Bürgergeld – auch wenn er über die Legislaturperiode hinausreicht – endlich mit Leben zu füllen.

III.

Ich bin überzeugt, dass geteilte **moralische Empfindungen** sehr viel stärker die Entscheidung über eine politische Richtung prägen als einzelne Programmaspekte. Deshalb soll und wird die FDP auch die Deutungshoheit für den Begriff der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Verantwortung für sich reklamieren. Wir müssen den Wettbewerb nicht scheuen.

Nicht mit den Sozialdemokraten, beispielsweise, die vor der Bundestagswahl unser Stipendiensystem für talentierte Studierende, das Andreas Pinkwart entwickelt hat, in den Gremien des Bundes verhindert haben. Übrigens freundliche Grüße an Frau Schavan: Es wäre ein deutlicher Beleg für den Politikwechsel, wenn wir das noch vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen auf die Schiene bringen könnten.

Die Sozialdemokraten taumeln ohnehin gegenwärtig orientierungslos. Da sagt Herr Gabriel, wir bräuchten eine „Bürgerbewegung“ gegen Steuerentlastungen. Wo war dieser Mann in den letzten Monaten? Wir hatten schon eine Bürgerbewegung. Eine Bürgerbewegung gegen mehr staatlichen Zugriff auf Privatheit und private Portemonnaies – das war die Bundestagswahl. Und damit ist zugleich das krude Verständnis von Herrn Gabriel abgewählt worden, dass Politiker und Beamte besser wüssten, was Gemeinwohl ist als die Bürger selbst. Wir haben die politische Beweislastregel umgekehrt. Früher ist gefragt worden: „Wie viele private Spielräume kann sich eigentlich der Staat erlauben?“. Wir fragen jetzt: „Wie viel Staat können sich eigentlich die Bürger erlauben?“ Bei uns haben jetzt die **Bürger endlich Vorrang vor dem Staat!**

Wir scheuen den Wettbewerb nicht mit den Grünen, die durch hohe Energiekosten individuelle Mobilität für normale Leute einschränken wollen. Wir sorgen durch ein Energiekonzept dafür, dass trotz Klimaschutz Energie bezahlbar und wirtschaftlich bleibt, und dafür, dass auch jeder individuell mobil sein und sein normales Leben führen kann.

Wir fürchten den Wettbewerb aber erst nicht mit der Linkspartei. Einer Partei, die sich auf die politische Wirklichkeitsverweigerung spezialisiert hat. Einer Partei, die unverhohlenen Klientelpolitik betreibt. Einer Partei, die immer noch nicht Verantwortung für DDR-Staatsbankrot und Bautzen übernommen hat, und sich trotzdem zum Anwalt der angeblich Entrechteten in Deutschland aufspielt. Eine solche Partei darf in Deutschland keine Verantwortung bekommen!

Aber es wird ja gegenwärtig der Versuch unternommen, diese Partei salonfähig zu machen, weil Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen nur mit der Linkspartei eine eigene Regierungsperspektive hat. Und deshalb werden wir am 9. Mai die Menschen vor die Wahl stellen: Wir haben den subventionierten Steinkohlebergbau beendet und das Geld für mehr Lehrer investiert – die anderen wollen eine tote Industrie weiter künstlich beatmen. Wir haben eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik gemacht – die anderen wollen Staatsunternehmen stärken. Andreas Pinkwart hat die Hochschulen in die Freiheit entlassen – die anderen wollen sie wieder zu Behörden machen. Wir wollen diese Freiheiten auch für die Schulen – die anderen wollen die Einheitsschule. Mit der Konsequenz, dass doch ganz viele die privaten Groschen zusammenkratzen würden, um die Kinder auf Privatschulen zu geben. Das Ergebnis wäre dann eine Spaltung der Gesellschaft. Das werden wir verhindern. Darum geht es am 9. Mai: Dass der **christlich-liberale Kurs der Erneuerung** fortgesetzt wird, und ein rot-grün-blutrotes Experiment zu Lasten des Landes verhindert wird. Das ist die Aufgabe.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir diesen Meilenstein auch nehmen werden. Die Sozialdemokraten haben selbst in ihrer Herzkammer das Vertrauen verspielt. Der letzte Ministerpräsident der SPD, der noch selbst bei einer Landtagswahl eine Mehrheit errungen hat, war Wolfgang Clement. Wolfgang Clement gehört der SPD nicht mehr an. Vor der letzten Bundestagswahl hat er die Wahl der FDP empfohlen. Das ist ein Signal an all diejenigen, die **wirtschaftliche Vernunft und soziale Sensibilität** verbinden wollen. Ein Signal an all diejenigen, die sozialen Aufstieg durch Bildung und Arbeit wollen. An diese Menschen wenden wir uns. Wenn Sie politisch heimatlos geworden sind, stärken Sie die Freien Demokraten – Sie sind uns herzlich willkommen!

IV.

Unsere politische Substanz gibt uns Sicherheit im Alltag. Aber es stellen sich auch neue Fragen für die Liberalen. Deshalb werden wir nach der Landtagswahl das tun, was die baden-württembergischen Liberalen als Avantgarde der Bundespartei schon vorgemacht haben: Wir werden uns mit einem neuen Grundsatzprogramm für die FDP beschäftigen. Nicht, weil wir Defizite in unserer Programmatik sehen, sondern weil wir neue Chancen für uns eröffnen wollen. Wir haben einen hohen Anspruch an uns selbst: Die Freiburger Thesen haben eine Generation von Liberalen im Geist von Karl-Hermann Flach bewegt. Die Wiesbadener Grundsätze, die Guido Westerwelle geprägt hat, bilden die Grundlage unseres Selbstvertrauens und unseres heutigen Erfolgs. Aber die Welt hat sich verändert seit 1997. Es gibt neue Fragen, neue Herausforderungen und damit auch neue Aufgaben für die Liberalen:

Es geht zum Beispiel darum, **globale Verantwortung** zu übernehmen in Zeiten der Erderwärmung, ohne deutsche Interessen zu vernachlässigen. Es geht darum, den Klimawandel zu gestalten und deutsche Umwelttechnologien zu einem Wachstumsmotor zu machen. Die FDP muss faszinierenden Visionen wie Solarstrom aus der Sahara für Mitteleuropa Bahn brechen. Und wir haben dazu mit unseren Ressorts auch die Trümpfe in der Hand.

Es geht darum, einen neuen Akzent in der Bildungspolitik zu setzen. Die Zeit ideologischer Debatten in der Bildungspolitik endet. Wir brauchen ein Bildungssystem, das in der Breite alle mitnimmt und in der Spitze Talente hervorbringt. Das Forschung zu einem Standortfaktor macht. Das Familien unterstützt, ohne sie zu ersetzen. Das die ungenutzten Potentiale zugewanderter Menschen in Deutschland endlich hebt. Ein **Bildungssystem aus einem Guss**. Wir brauchen mehr Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung. Und eines füge ich hinzu: Es ist ein skandalöses Versagen von Elternhäusern und Schulsystem, wenn in Berlin auf eine Umfrage hin Hauptschüler auf die Frage, was sie werden wollen, antworten: „Ich werd’ Hartz IV.“ Das muss sich ändern in Deutschland!

Es geht darum, die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern und zu verteidigen. Zu verteidigen gegen Bedrohungen von innen, weil manche gezockt haben, Marktmacht missbraucht haben. Und gegen Bedrohungen von außen, weil mancher durch mehr Einfluss von Staat und Politik den Markt gleichsam „entmarkten“ will. Wir wissen, Soziale Marktwirtschaft ist keine seelenlose Regelsammlung. Sie setzt eine Mentalität ehrlicher Kaufmannstugenden voraus. Werte ersetzen keine Regeln – aber ohne Werte bleiben Regeln blutleer. Deshalb setzen wir uns für eine Wirtschaftsordnung ein, die auch eine **Wertordnung von moralischer Autorität** ist.

Die **Bürokratisierung** ist in meinen Augen eine der Hauptgefährdungen der Freiheit, die **Standardisierung von Lebensläufen**. Im Kleinen, wenn sich Bürger bei Behördengängen

fühlen müssen wie Romanfiguren von Kafka. Im Großen, etwa bei der Entscheidung über den Eintritt ins Rentenalter: Warum entscheidet ein anderer für mich, wann ich zu jung zum Aufhören oder zu alt zum Weitermachen bin. Das können freie Bürger selbst für sich entscheiden, was ihre Kraft und ihre finanziellen Möglichkeiten angeht.

Es geht jetzt darum, dass wir eine **neue Balance von Staat und Privat** finden. In einem Land, in dem viele heute immer mehr vom Staat und immer weniger von sich selbst erwarten. In dem eine immer größere Zahl über viele Jahre entwöhnt worden ist vom Gebrauch der eigenen Freiheit. In dieser neuen Balance liegt zugleich der Schlüssel auch für die nachhaltige Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte. Der Staat muss vom überforderten und sich selbst überfordernden Schwächling wieder zu einem starken Partner bei den Kernaufgaben werden. Wir müssen das kaum mehr durchschaubare „Verteilungsknäuel“ von Nebenhaushalten, Staatshaushalten, Subventionen und Ausnahmetatbeständen entwirren. Das ist wie bei Michelangelo. Der hat auf die Frage, wie er seine wunderbare David-Statue geschaffen hat, geantwortet: „Ich habe nur das Zuviel an Marmor weggenommen.“ Das Zuviel wegnehmen, das ist jetzt unsere Aufgabe beim Staat.

Wir haben neue **Informationstechnologien**, die uns in Verbindung bringen mit anderen Kulturen, anderen Menschen, die neue Geschäftsmodelle inspirieren. Die zugleich aber auch Gefährdungen in sich tragen. Wenn der Staat oder Private Daten sammeln. Aber auch wenn gläserne Profile entstehen, weil Menschen freiwillig Daten für Bonuskarten oder soziale Netzwerke preisgeben. Kann man dann irgendwann Persönlichkeiten ausrechnen und sublim manipulieren? Welche kulturelle Prägekraft geht eigentlich von einem privaten Anbieter mit der Dominanz, wie Google sie hat, aus? Und droht nicht eine neue Trennlinie in der Gesellschaft, wenn selbst ein Intellektueller wie Frank Schirrmacher in seinem neuen Buch bekennt, dass er sich eigentlich digital überfordert fühlt? Fragen, auf die wir antworten müssen, um den Wert der Freiheit in einer neuen Zeit zu vermessen.

Wir haben Sicherheit durch unsere politischen Prinzipien, durch die Prinzipien des Liberalismus: Freiheit. Individuelle und gesellschaftliche Verantwortung. Toleranz und Optimismus. Fairness. Die Achtung vor Privatheit und privatem Eigentum. Mit diesen Prinzipien bestimmen wir einen **konsequenten Liberalismus**, der Veränderung als Chance begreift und Ungleichheit in einer Gesellschaft akzeptiert, wenn sie sich aus der Freiheit und fairem Wettbewerb ergibt. Es ist zugleich aber auch ein **mitfühlender Liberalismus**, weil er nicht blind bleibt für die Ergebnisse dieses Wettbewerbsspiels in Markt und Gesellschaft, sondern Menschen immer wieder in die aktive Teilhabe an Arbeit, Bildung und Kultur zurückführen will.

Das sind die Prinzipien des Liberalismus. Diesen Prinzipien dient die FDP. **Und dieser Partei diene ich.**

Herzlichen Dank!